



Nationalrats- wahl 2019

Impressum

Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß § 25 des Mediengesetzes:

Medieninhaber:

Land&Forst Betriebe Österreich
Schauflegasse 6/5, 1010 Wien
Telefon: +43/1/533 02 27
E-Mail: office@landforstbetriebe.at
www.landforstbetriebe.at

Verlagspostamt: 1010 Wien

Herausgeber:

DI Bernhard Budil,
Schauflegasse 6/5, 1010 Wien

Redaktion und

Anzeigenverwaltung:

Mag. Renate Magerl

Layout und Satz:

KOMO Wien – Büro für
visuelle Angelegenheiten
Simone Leonhartsberger

Hersteller:

Druckerei Berger, 3580 Horn



Das Österreichische Umweltzeichen
für Druckerzeugnisse, UZ 24, UW 686
Ferdinand Berger & Söhne GmbH.

Diese Zeitung wurde auf PEFC-zertifiziertem
Papier gedruckt.



Die Gastkommentare müssen nicht die Meinung
des Medieninhabers ausdrücken.

Genderhinweis: Geschlechtsspezifische
Bezeichnungen im Verbandsmagazin stehen im
Zweifelsfall gleichwertig für beide Geschlechter.
Dies impliziert jedoch keine Diskriminierung in
die eine oder andere Richtung, sondern soll im
Sinne der leichteren Lesbarkeit als geschlechts-
neutral zu verstehen sein.

Titelbild: © JFL Photography - stock.adobe.com

Die Nationalratswahlen in Zahlen

2019 findet **die 27.**
Nationalratswahl in Österreich statt.

Am **17.10.1920**
fand die **erste** Nationalratswahl
in der Geschichte des Landes statt.

Am **29.9.2019**
wird gewählt.

6,4 Mio.
Personen sind wahlberechtigt.

8 Parteien werden bei
der Nationalratswahl bundesweit
auf den Stimmzetteln stehen.

183
Abgeordnete
werden gewählt.

Wahlschluss: spätestens
17.00 Uhr

Dauer der Legislaturperiode:
5 Jahre

Abschließende **Diskussion**
der Spitzenkandidaten:
26.9.2019, 20.15 Uhr, ORF2

Rund **40** TV-Debatten,
Interviews etc. werden
ausgestrahlt.

7,7 Mio.
Stimmzettel wurden gedruckt.

Wahlkarten können schriftlich oder online
bis **25.9.2019** beantragt werden:
www.wahlkartenantrag.at

Editorial

Wer die Wahl hat, ...



... hat auch die Verantwortung, diese Möglichkeit ernsthaft wahrzunehmen. Fast täglich berichten Medien über angebliche „freie Wahlen“ in gar nicht so weit entfernten Ländern, wo sich die Menschen der Gefahr für Leib und Leben aussetzen, um auf Missstände hinzuweisen oder echte Änderungen zu bewegen. In vielen Ländern der Erde ist man sogar weit davon entfernt, von Demokratie überhaupt träumen zu dürfen. In Österreich jammert man dafür gerne eine ganze Legislaturperiode über die schlechte Performance oder die falschen Positionen der handelnden Parteien – die Vorbereitung auf den Wahltag erfolgt aber zumeist spärlich und die Wahlbeteiligung wäre nicht das erste Mal auch vom Wetter am Wahltag abhängig ...

Ich selber frage regelmäßig bei Bewerbungsverfahren, bei Praktikanten aber auch gerne im privaten Umfeld ab, was die Menschen über die politischen Grundregeln in Österreich wissen. Auf die Frage, was ein „Landesrat“ ist, bin ich dabei bisher bei etwa zwei Drittel auf Unwissen gestoßen. Und wer in Österreich Gesetze macht, ist definitiv auch nicht mehrheitlich bekannt, denn die Unterscheidung zwischen Regierung und Parlament – geschweige denn zwischen National- und Bundesrat – braucht in der Regel schon eine umfassende Erklärung, bevor sich jemand daran „erinnern“ kann.

Am 29. September wird nun also der Nationalrat in Österreich gewählt. Was gilt es aber eigentlich zu berücksichtigen, wenn man die Sache ernst nehmen möchte? Da wären auf der einen Seite die wahlwerbenden Parteien, die man kennen sollte. Und Hand aufs Herz, wer macht sich denn eigentlich die Mühe, die dahinterliegenden Grundsatzpositionen – also die Partei- und Wahlprogramme – der jeweiligen Parteien vor der Wahl zu studieren? Ganz unnötig wäre ein solcher Schritt nicht, denn manchmal ist man überrascht, auf welche Haltungen und Ideologien man in dieser Lektüre stößt, auch wenn nicht immer alles davon im täglichen Geschäft wirklich gelebt wird. Die Spitzenkandidaten lassen sich hier in der Regel schon viel schneller bewerten. Aber Auftreten, Versprechungen, Optik und Sympathien verschleiern oft auch die dahinterliegenden Ideologien. Und ob diese Personen dann auch in der Lage sind, Dinge umzusetzen, steht noch einmal auf einem ganz anderen Blatt. Schwierig wird es aber erst so richtig, wenn man berücksichtigen muss, dass es in der Regel eine Koalition aus verschiedenen Parteien ist, die das Land regiert. So muss man in der Beurteilung der Vergangenheit bedenken, dass es zumeist Kompromisse waren, die das Ergebnis bei vielen

Themen geprägt haben – und nicht die eigentliche Position der einen oder anderen Partei.

Die aktuellen Wahlen haben vor dem Hintergrund der vergangenen Jahre mit Sicherheit eine besondere Bedeutung. Denn neben der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und verschiedener notwendiger Reformvorhaben im Bereich Pensionen, Gesundheit, Bildung und Steuern, ist es nun auch in Österreich bereits deutlich sichtbar geworden,

»Die Regierung wird sich federführend mit den Themen Klimawandel, Klimaschutz und Klimawandelanpassung befassen müssen.«

dass sich die Regierung federführend mit den Themen Klimawandel, Klimaschutz und Klimawandelanpassung befassen müssen wird. Das wird aber in labilen Konstellationen zwischen Parteien, die ideologisch und oft auch personell nicht miteinander können, nur schwer gelingen. Es braucht hier dringend solide Mehrheiten für jene wahlwerbende Gruppe, der eine Lösungskompetenz für alle diese Themen zugetraut wird. Denn um sowohl Umwelt- und Klimaschutz als auch eine gesunde Wirtschaftsentwicklung unter einen Hut zu bringen, braucht es schon eine breite Kompetenz und vor allem auch ein Verständnis für urbane Bedürfnisse als auch für solche der ländlichen Regionen.

Lassen wir uns daher nicht von Plakaten, von reinen Sympathien oder einfach unreflektiert von der Erziehung leiten, sondern nutzen wir seriöse Wahlkonfrontationen und echte Hintergrundinformationen, um uns ein ordentliches Bild über die wahlwerbenden Gruppen zu machen. Und nutzen wir den 29. September dafür, um Österreich eine handlungsfähige Regierung zu verschaffen, die nicht Partei- oder Klientelpolitik in den Vordergrund stellt, sondern sich sach- und fachorientiert den Herausforderungen der nächsten Jahre widmet.

Ihr

Bernhard Budil

Interview mit Elisabeth Köstinger, Spitzenkandidatin des Ländlichen Raums

„Man hat gesehen, wer für die Branche einsteht und wer nicht“

aktuell: Sie wurden durch das Ibiza-Video und seine Folgen mitten in Ihrer Amtszeit als Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus unterbrochen und konnten viele Ihrer geplanten Arbeitspakete nicht mehr umsetzen. Welches Resümee ziehen Sie aus Ihrer Amtszeit und welche Schritte hätten Sie gerne noch getätigt?

Köstinger: Das Video hat mich persönlich zutiefst erschüttert, genau wie viele andere Menschen auch. Wir haben gesehen, wie zwei Spitzenpolitiker in einer mehr als dubiosen Atmosphäre die halbe Republik an fremde Oligarchen ausverkaufen wollten. Jedem, der diese Bilder gesehen hat, war klar: Es gab keine andere Alternative, als diese Zusammenarbeit zu beenden. Wir wären bereit gewesen, in einer Übergangsregierung weiter zu arbeiten bis zu einer Neuwahl. Dass die SPÖ mutwillig diese Übergangsregierung aus dem Amt gewählt hat, versteht kein Mensch. Es wurden damit sehr wichtige Agenden und die Umsetzung großer Projekte unterbrochen. Die Steuerreform war fertig und kann nun nicht mehr umgesetzt werden. Gleiches gilt für Maßnahmen im Klimaschutz. Auf europäischer Ebene wird derzeit die Zukunft der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) verhandelt und es wäre schon gescheit, wenn Österreich an diesen Verhandlungen mit einer gewählten Regierung teilnehmen kann. Letztlich geht es da um die Zukunft der heimischen Familienbetriebe in der Land- und Forstwirtschaft.

Für ein echtes Resümee meiner Amtszeit ist es zu früh. Wir werden im Herbst wählen und wollen noch stärker aus dieser Wahl hervorgehen. Gerade für die Land- und Forstwirtschaft ist das wichtig, denn man hat etwa am Beispiel der Biomasse-Kraftwerke gesehen, wer für diese Branche einsteht und wer nicht. Wien hat jetzt sogar das eigene Biomasse-Kraftwerk in Simmering zugesperrt, anstatt endlich die notwendige Landesgesetzgebung zu machen, um weiterhin Förderungen zu bekommen

aktuell: Die heimische Land- und Forstwirtschaft steht im Umfeld von Klimawandel, Kalamitäten und steigenden gesellschaftlichen Ansprüchen. Neben bereits geforderten finanziellen Unterstützungen bedarf es dringend begleitender politischer Maßnahmen wie etwa die Zulassung befristeter Rodungen für alternative Nutzungsmöglichkeiten in den Schadensgebieten, damit in der Überbrückungszeit Einkommen auf diesen Flächen

erwirtschaftet werden kann. Wie stehen Sie zu diesen Ansätzen?

Köstinger: Klimawandel – der ist spätestens seit letztem Jahr für uns alle spürbar und ein zentrales Anliegen. Vor allem die Wälder sind im Klimastress. Wir haben sehr rasch mehrere Maßnahmen gesetzt und 2018 ein Soforthilfepaket für die Land- und Forstwirtschaft mit rund 60 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Mir war es wichtig, dass wir mit einem umfassenden Versicherungspaket auch nachhaltig helfen, als Unterstützung der Selbstvorsorge. Dafür haben wir etwa die Prämienbezuschung von allen Elementarrisikoversicherungen von 50 auf 55 Prozent angehoben und ein neues Prämiensystem für Tieraufschlagversicherungen eingeführt. Mit dem Borkenkäfer-Paket haben wir rund 35 Millionen Euro für die Unterstützung der Forstwirtschaft mobilisiert. Außerdem haben wir die Lagerung von Schadholz auf beihilfefähigen Flächen bis 2020 geregelt. Die Einrichtung und Betreibung von Nasslagern wird in Zukunft mit bis zu 80 Prozent gefördert (davor 30 Prozent). Intakte Wälder sind eine Grundlage in unserer Politik!

Das Thema Klimaschutz und die Transformation des Energiesystems in Richtung Dekarbonisierung war eine Priorität der Bundesregierung. Deshalb haben wir als ersten großen Schritt die #mission2030, die österreichische Klima- und Energiestrategie, auf den Weg gebracht.

aktuell: Viele Waldbesitzer müssen sich heute vermehrt mit politischen und gesellschaftlichen Forderungen, wie etwa Natura 2000 oder auch steigendem Freizeitinteresse (Mountainbiken, Skitourengehen etc.), auseinandersetzen. Wo muss man Ihrer Meinung nach ansetzen, damit die Situation für die Betriebe verbessert wird und die vielfältigen Leistungen des Waldes nachhaltig für alle und vor allem auch für kommende Generationen erfüllt werden können?

Köstinger: Einerseits ist der Rohstoff Holz unglaublich wertvoll, nicht nur im Klimaschutz, sondern auch ökonomisch. Holz ist der Hauptrohstoff für die Bioökonomie – eine Wirtschaftsweise, die fossile Rohstoffe zusehends durch biogene Rohstoffe ersetzt. Wir haben eine Bioökonomie-Strategie erarbeitet und die Vision verankert, dass die Bioökonomie ein Drittel zur Erreichung der Klimaziele 2030 beitragen kann. Das ist gleichzeitig eine große Chance

für den gesamten Forst-Holz-Papier-Sektor! Andererseits schützt uns der Wald. Knapp 50 Prozent des ländlichen Raums in Österreich könnten ohne Schutzwälder nicht bewohnt oder bewirtschaftet werden. Diese Leistungen müssen auch stärker in den Vordergrund gerückt und von der Gesellschaft anerkannt werden.

aktuell: Das vorzeitige Ende Ihrer Regierungszeit ist sehr rasch und unerwartet gekommen. Welche Auswirkungen hat dieser Bruch auf die österreichische Position in den GAP-Verhandlungen? In wie weit ist Österreich in der Lage mitzuverhandeln?

Köstinger: In den nächsten Monaten verhandelt die EU den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Österreich lukriert die größten Rückflüsse durch die Gemeinsame Agrarpolitik – vor allem durch die Programme der Ländlichen Entwicklung. Um die Nettozahlerposition Österreichs nicht noch weiter auszubauen, muss Österreich sich gerade jetzt in den Verhandlungen für eine finanzielle Absicherung der GAP einsetzen. Inhaltlich hat das BMNT den Strategieprozess gestartet, um auch die Programme den neuen Anforderungen vor allem in Bezug auf Klima- und Umweltleistungen, gerecht zu werden. Eines ist klar: die Sicherstellung der Versorgung mit sicheren, hochwertigen und leistbaren sowie regionalen Lebensmitteln durch die Stärkung einer wettbewerbsfähigen, multifunktionalen und flächendeckenden österreichischen Land- und Forstwirtschaft muss im Vordergrund stehen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind das Rückgrat der Land- und auch der Forstwirtschaft.

aktuell: Der Austritt der Briten und die geänderten Prioritäten in Brüssel bedeuten eine Kürzung des EU-Budgets für die Landwirtschaft. Zusätzlich stehen hier Ansätze wie Capping und Top-Up im Raum. Wie wird Österreich aus Ihrer Sicht mit dem gekürzten Budget umgehen und wie stehen Sie zu den genannten Ansätzen?

Köstinger: Die Einführung von Obergrenzen (Capping) und Degression muss auf europäischer Ebene einheitlich (keine nationalen Alleingänge) geregelt werden. In der Debatte darf man nicht vergessen, dass die österreichische Landwirtschaft im Vergleich zu anderen sehr klein strukturiert ist. Wir sprechen hier von Obergrenzen bzw. einer Degression, die für 99 Prozent der österreichischen Betriebe überhaupt nicht spürbar sein wird. Aber bevor wir diese Themen diskutieren, müssen wir den Brexit und auch die Ergebnisse der MFR-Verhandlungen abwarten. Für uns ist

klar, dass wir eine Kürzung im Agrarbudget und vor allem die Kürzungen in der 2. Säule so nicht hinnehmen werden können.

aktuell: Wir sind überzeugt davon, dass im Rahmen einer ehrlich umgesetzten Bioökonomie viel Zukunftspotential steckt, um die dringend notwendige Klima- und Energiewende herbeizuführen. Der heimische Wald kann bei ausreichender Unterstützung wesentlicher Teil der Lösung sein. Das würde auch zu positiven Entwicklungen im ländlichen Raum und für den gesamten Wirtschaftsstandort Österreich führen. Welche Schritte müssen jetzt für eine erfolgreiche Bioökonomie noch gesetzt werden?

Köstinger: Dazu sind folgende Maßnahmen nötig:

» Erhöhung des Einsatzes von nachwachsenden Rohstoffen im Vergleich zum Gesamtrohstoffeinsatz durch die Stärkung bestehender Wirtschaftssektoren, durch Unterstützung neuer innovativer Technologien und Dienstleistungen, durch die bessere Vernetzung von Wissen, durch Bewusstseinsbildung sowie durch die Schaffung von Akzeptanz gegenüber biobasierten Produkten und Dienstleistungen.

» Sicherstellung der regionalen Verfügbarkeit von nachwachsenden Rohstoffen für die Bioökonomie, die Importabhängigkeit von natürlichen Ressourcen muss minimiert werden.

» Aufstockung der Grundlagenforschung zu Ressourcen-Verfügbarkeit, ökologischen Funktionen (Boden, Biodiversität etc.), Standortbedingungen und sozialen Rahmenbedingungen biobasierter Wirtschaft (physikalische, chemische, biologische) Analytik von Materialeigenschaften.

» Erhöhung der Anstrengungen im Bereich Produkt- und Prozessentwicklungen bei stofflicher und energetischer Verwertung biogener Materialien in der angewandten Forschung.

» Entwicklung neuer Produkte aus biogenen Rohstoffen bzw. Abfällen und Nebenprodukten.

» Schaffung von rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Bioökonomie und private Investoren.

Fest steht aber auch: Wir brauchen für alle Themen ein gutes Ergebnis bei der Wahl, damit wir in die richtige Richtung weiterarbeiten können. Wir stehen – im Gegensatz zu allen anderen Mitbewerbern – als einzige für eine Unterstützung und Entlastung des Ländlichen Raums.

aktuell: Sehr geehrte Frau Köstinger, vielen Dank für das Gespräch! 🌿



LFBÖ-Funktionäre am Wort

„Eine große Chance für die Zukunft“

Am 29. September 2019 finden vorgezogene Nationalratswahlen in Österreich statt. aktuell bat die Spitzenfunktionäre der Land&Forst Betriebe Österreich um ihre Einschätzung zur Wahl sowie ihre persönlichen Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche.

**Felix Montecuccoli**

Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich

„Dass nun Ende September wieder eine Wahl stattfindet, ist auf Grund der Hintergründe eine Misere. Es ist aber auch eine große Chance für die Zukunft. Korrupte Personen haben die bis dahin gut arbeitende Regierung zerplatzen lassen und die SPÖ hat in verantwortungsloser Weise eine kluge und sogar schon eingesetzte Alternative gekippt. Die Umsetzung vieler wichtiger und bereits beschlossener Reformen und Prozesse ist damit verhindert worden. Was das Land nun dringend braucht, sind stabile politische Verhältnisse, die Planungssicherheit für die heimischen Unternehmen gewährleisten. Schaffen wir mit unserer Stimme am 29. September entsprechende Mehrheiten und damit die Basis für eine nachhaltige positive Zukunft.“

**Carl Prinz von Croÿ**

**Vizepräsident der Land&Forst Betriebe Österreich
Obmann der Land&Forst Betriebe Steiermark**

„Die dringend notwendige Wald-Milliarde für die Wiederbewaldung der vertrockneten österreichischen Wälder in Ober- und Niederösterreich muss umgehend realisiert werden. Der Umbau in leistungsfähige, klimafitte Wälder sollte möglichst durch Erlöse aus dem Holzverkauf finanziert werden. Die Volksvertreter sind daher aufgerufen, die Holzverwendung zu stärken und die Rahmenbedingungen für Holzbau und energetische Verwendung von Holz deutlich zu verbessern. Dies umfasst insbesondere auch die Bewusstseinsbildung für die Verwendung von heimischen Holz und Holzprodukten in der Bevölkerung. Gleichzeitig muss rasch und glaubwürdig der Ausbau erneuerbarer Primärenergie vorangetrieben werden.“

**Zeno Piatti-Fünfkirchen**

Vizepräsident der Land&Forst Betriebe Österreich

„Nach den Ereignissen der letzten Monate, die unsere Demokratie deutlich erschüttert haben, ist es wichtig, wieder Vertrauen in dieses politische System aufzubauen. Die Wahl selbst ist die stärkste Vertrauensgeste für diese Gesellschaftsordnung. Obwohl uns die Politik um die Bewirtschaftung der Kulturlandschaft sehr nahe am Herzen liegt, ist es wichtig, sich nicht nur auf seine land- und forstwirtschaftliche Betroffenheit zu reduzieren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Perspektive einzunehmen und im Sinne einer offenen, inklusiven Demokratie zu wählen. Diese ist Basis für unsere tägliche Arbeit und Voraussetzung für ein friedvolles Miteinander in Europa.“

**Nikolaus Draskovich**

Obmann der Land&Forst Betriebe Burgenland

„REFORMSTAU: Es geht darum, die notwendigen Reformen aufzuzeigen und dann mit breitem Konsens umzusetzen. Konkret geht es mir um Reformen des Kammerwesens, des Föderalstaates, der Pensions- und Sozialversicherung etc. Wir leben in „fetten“ Jahren und sollten daher JETZT sparen und reformieren. Keine neuen Steuern! Beim Agieren zum Klimawandel muss von undurchdachten populistischen Maßnahmen und Forderungen gewarnt werden. Alte antikapitalistische und kommunistische Ideologie taucht wieder auf und wird geschickt von Alt-68ern verwendet, um die Jugend zu verblenden. Nicht Verbote, sondern Anreize sind gefragt, gepaart mit Innovation.“

**Markus Hoyos**

Obmann der Land&Forst Betriebe Niederösterreich

„Die österreichische Land- und Forstwirtschaft steht in den nächsten Jahren vor den größten Herausforderungen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Der nicht mehr wegzuleugnende Klimawandel wird uns und unserer nächsten Generation schwer zusetzen und manche Betriebe an den Rand ihrer Existenz bringen. Eine zukünftige Regierung wird es zu verantworten haben, Rahmenbedingungen zu schaffen, um es den Land- und Forstwirten möglich zu machen, auch weiterhin auf der Fläche Lebensmittel zu produzieren oder auf ehemaligen forstlichen Flächen Einkommen zu erzielen. Nur wenn ein Einkommen erzielt werden kann, wird es den Landbewirtschaftern möglich sein, klimafitte Wälder wieder aufzubauen und ihren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu leisten. Der Generationenvertrag, den wir in der Familienland- und Familienforstwirtschaft leben, baut auf Eigentum auf und nur eine Regierung, die eigentumsfreundlich agiert, wird fähig sein, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.“

**Alberich Lodron**

Obmann der Land&Forst Betriebe Kärnten

„In wenigen Wochen werden die politischen Weichen für Österreich neu gestellt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine Regierung aufzustellen, die aus einer großen Mehrheit und einem kleinen Koalitionspartner bestehen kann. Mit dieser Konstellation kann wirklich etwas bewegt werden und die dringend nötigen Reformen umgesetzt werden. Nur ein wirklich starkes Votum gibt Verhandlungsstärke bei kommenden Koalitionsgesprächen und gibt Freiraum bei der Regierungsbildung. Bitte erklären Sie das in Ihrem Bekannten- und Freundeskreis, ebenso Ihren Mitarbeitern, Dienstleistern und Partnern. Wir brauchen eine Regierung, die ohne Skandale, Vermögens- und Erbschaftssteuer etc. verantwortliche Politik für die Zukunft umsetzt.“

**Dominik Revertera**

Obmann der Land&Forst Betriebe Oberösterreich

„Die Bedeutung der kommenden Nationalratswahl ist für Österreichs land- und forstwirtschaftliche Betriebe offensichtlich. Meine Erwartungen, die Aktivitäten einer neuen Bundesregierung gegenüber sind:

- Fachliche, intellektuelle und charakterliche Eignung aller Regierungsmitglieder!
 - Prämisse des Klimaschutzes!
 - Steuerliche Berücksichtigung der Tatsache, dass unsere Betriebe die ersten Opfer der unleugbaren Klimaveränderung sind.
 - Aktive und konstruktive Mitarbeit bei der Weiterentwicklung der EU zu mehr gemeinschaftlicher Wirtschaft- und Außenpolitik.
 - Keine Toleranz gegen weiteren Verfall der Verwaltungsethik.
 - Stärkung der Interessen von Grundbesitzern bei Genehmigungsverfahren von öffentlichen und privaten Großprojekten.
- Verpflichtung zur Anwendung von international längst verwirklichten technischen Lösungen, z.B. Erdverkabelung von Stromleitungen.“

**Johannes von Schwarzenberg**

Obmann der Land&Forst Betriebe Salzburg

„Für die nächsten Wahlen wird es wichtig sein, wieder eine Partei an der Regierung zu sehen, die Verständnis für den ländlichen Raum hat. Der Klimawandel zwingt uns bereits in einigen Bereichen zum Umdenken. Zurzeit werden diejenigen reich, die mit hohem CO₂-Ausstoß Produkte produzieren oder transportieren, während die Schäden sozialisiert werden. Dieses System ist nicht länger tragbar! Es kann nicht sein, dass Transporteure und Industrielle reich werden und Waldviertler Bauern der von Generationen herangeschonte Wald abstirbt. Sinkende Getreideerträge in den trockenen Gebieten Österreichs sollten uns nachdenklich stimmen ob die Ernährung auf Dauer in Europa gesichert ist. Die Erwartungshaltung an die nächste Bundesregierung ist, dass sie sich um die Lebensressourcen kümmert und eine grundsätzliche Umorientierung der Wirtschaft einleitet. Letztlich ist für uns nur eine Partei wählbar, die die Schöpfung und die davon lebenden Landbewohner nicht vergisst.“

Kommentar von Claus Reitan

Die Republik am Wendepunkt

So viel an Umbruch war noch nie in Friedenszeiten der Republik Österreich. Über Land und Leuten liegt zweimal eine große Hitze. Einmal die von der Erderwärmung angetriebene des Sommers, und einmal jene, die durch den Wahlkampf für die am 29. September angesetzte Neuwahl des Nationalrats ausgelöst wurde. In beiden Fällen geht es um viel, sehr viel.

Anders als es die meisten der acht bundesweit antretenden Parteien zu erklären versuchen, ist es nicht die Politik, die die Themen bestimmt, sondern es sind die Themen dieser Welt, die die Politik bestimmen. Zu diesen Themen gehören – übrigens nicht nur in Österreich – die Demografie, die Ungleichheit, die Erderwärmung und der Ressourcenverbrauch, die Globalisierung und die Sorge um die Qualität der Demokratie in einer zunehmend vielfältigeren, mobilen Gesellschaft. Dazu kommt rund um Europa eine Höchstzahl an militärisch geführten Konflikten, deren religiöse Aufladung sie als unlösbar erscheinen lässt und mitsamt den ökonomischen Krisenerscheinungen das Vertrauen in Recht und Institutionen schwächt. Zudem stehen Staat und Gesellschaft unter Wucht und Wirkung der Digitalisierung. Diese setzt im Zusammenwirken mit dem Internet und anderen Innovationen die Strukturen und Prozesse von industrieller Produktion und sozialer Kommunikation völlig neu auf. Mit der unerwünschten Nebenwirkung, dass die Finanzierung des Sozialstaates ebenso gefährdet zu sein scheint wie das Gelingen politischer Kommunikation. Darauf war niemand vorbereitet.

Wahlwerbende Parteien bemühen sich inzwischen redlich um den Eindruck, sie hätten die Lage und ihren Ernst erkannt. Doch in Tat und Wahrheit haben sich gerade die Parlaments- und die bisherigen Regierungsparteien in ihrer Beziehungsfähigkeit erschöpft. Die von ihnen verbreiteten Gedanken sind selten von Tiefe, sondern häufig von Trotz geprägt, es fehlt Humor, dessen Raum der Hass eingenommen hat. Die Überdosis an Fernsehdiskussionen wird die Konfrontationen steigern, statt Kompromissen den Weg ebnen. Was im Fernsehen ein Duell ist, wird in der Regierung nie mehr ein Duett.

Wirtschaft und Gesellschaft sind unterdessen an einem Wendepunkt angelangt. Aus- und Fortbildung haben ein hohes Niveau erreicht, ebenso die Möglichkeiten, die Verhältnisse zu gestalten. Daher engagieren sich Unternehmen und Organisationen darin, die Produktions- und die Konsumverhältnisse auf den Kurs für eine nachhaltige

Entwicklung zu bringen. Daher erreichen Freiwilligen-Arbeit und ehrenamtliches Engagement neue Höhen. Daher werden neue Modelle erprobt, wie sich soziale und ökologische Verantwortung mit einer Marktwirtschaft vereinen lassen. Denn es hat sich bewährt, eine Gesellschaft und ihre Wirtschaft über Privateigentum zu strukturieren und über Wettbewerb zu organisieren. Nur braucht es für das eine die Sozialpflichtigkeit und für das andere Fairness. Sonst wird die Übung nicht gelingen, ganz im Gegenteil: Soll wohl verstandene Leistung weiterhin zu den Bürger-tugenden gehören, muss die Politik auf deren Vorstellung von Leistungsgerechtigkeit eingehen. Hinsichtlich der Löhne ebenso wie bei den Sozialleistungen, auch im Steuerwesen und in den Förderungen.

Es besteht also Regelungsbedarf, die Politik hat einiges nachzuholen. Klientelpolitik greift allerdings noch kürzer als es Gesetzgebungsperioden sind. Diese wurden übrigens von vier auf fünf Jahre verlängert, was dazu führte, dass ständig früher gewählt wird. Eben weil die Parteien sich in ihrer Beziehungsfähigkeit, die Verhältnisse zu gestalten, so erschöpft haben. Aber vielleicht geraten mit der Republik auch die Parteien an einen Wendepunkt zum Positiven. 🌱



Claus Reitan

Claus Reitan arbeitet als freier Journalist, Autor, Moderator und Trainer. Für ihn machen gesellschaftliche Spannungen, geopolitische Unsicherheiten und die Digitalisierung ein Umdenken in der zwischenmenschlichen Zusammenarbeit, in der Wirtschaft und in der Politik erforderlich. Denn um ein nachhaltiges und gesundes Wachstum zu ermöglichen, müssen Ziele und Strategien in Gesellschaft und Wirtschaft neu ausgerichtet und journalistisch aufbereitet werden.

Vorgestellt

Spitzenkandidaten im Kurzporträt



Sebastian Kurz, Spitzenkandidat der ÖVP

Sebastian Kurz, geboren am 27. August 1986 in Wien, wurde 2009 zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt. Im April 2011 ernannte ihn der damalige Vizekanzler Michael Spindelegger zum Staatssekretär für Integration. Von Dezember 2013 bis Dezember 2017 vertrat er als Außen- und Integrationsminister gemeinsam mit seinem Team die Interessen Österreichs in Europa und der Welt. Im Juli 2017 wurde Kurz zum Bundesparteiohmann der Volkspartei gewählt. Bei den Nationalratswahlen 2017 wurde er mit der „Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei“ mit 31,5 Prozent die stimmenstärkste Partei und war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundeskanzler der Republik Österreich.



Norbert Hofer, Spitzenkandidat der FPÖ

Norbert Hofer wurde am 2. März 1971 in Vorau geboren und ist in Pinkafeld aufgewachsen. Nach der Matura an der HTL für Flugtechnik in Eisenstadt war er als Systemingenieur bei der Fluglinie Lauda Air beschäftigt. 1996-2007 war Hofer Landespartei sekretär der FPÖ-Burgenland. Von 1997-2007 war er Gemeinderat in Eisenstadt. Von 2000-2006 war Norbert Hofer Klubdirektor im FP-Landtagsklub im Burgenland. Nach der Wahl 2006 zog er als Abgeordneter in den Nationalrat ein, 2013-2017 war er Dritter Präsident des Nationalrates. Am 18. Dezember 2017 wurde Norbert Hofer zum Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie angelobt. Er übte das Amt bis 22. Mai 2019 aus. Seit 24. Mai 2019 ist er Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Er ist designerter FPÖ-Bundesparteiohmann.



Pamela Rendi-Wagner, Spitzenkandidatin der SPÖ

Die SPÖ-Partei- und Klubvorsitzende wurde am 7. Mai 1971 in Wien geboren. Pamela Rendi-Wagner hat nach einem postgraduate Master-Studium in London an der Medizinischen Universität Wien habilitiert (Spezifische Prophylaxe und Tropenmedizin). Sie war Leiterin der Sektion für Öffentliche Gesundheit und Medizinische Angelegenheiten, von März 2017 bis Dezember 2018 Bundesministerin für Gesundheit und Frauen und ist seit November 2018 Bundespartei vorsitzende der SPÖ sowie Abgeordnete zum Nationalrat.



Beate Meinel-Reisinger, Spitzenkandidatin der NEOS

Beate Meinel-Reisinger, geboren am 25. April 1978 in Wien, arbeitete nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften und an der Donau-Universität Krems im Europäischen Parlament, in der Wirtschaftskammer und im Bundesministerium für Wirtschaft, Jugend und Familie. Sie ist Gründungsmitglied von NEOS, war Klubobfrau des Wiener Landtagsklubs und ist seit 2018 NEOS-Partei vorsitzende und Klubobfrau im Nationalrat.



Werner Kogler, Spitzenkandidat der Grünen

Der am 20. November 1961 in Hartberg geborene Kogler, ein Magister der Volkswirtschaft, ist Grünes Urgestein. In den 1980er-Jahren war er Gründungsmitglied der steirischen Partei, bis 2014 ihr Landessprecher – und saß zuvor schon von 1985 bis 1988 im Grazer Gemeinderat. 1999 zog er in den Nationalrat ein, war Leiter des Rechnungshofausschusses, Budget- und Finanzsprecher, stellvertretender Klubchef unter Eva Glawischnig – und fiel nicht nur mit langen Reden (2010 filibusterte er fast 13 Stunden lang) und Sachkenntnis, sondern auch als Aufdecker u.a. in der Causa Hypo auf. Nach dem Debakel 2017 sanierte er die grüne Bundespartei. Seit November 2018 ist er Bundessprecher.

Unsere Themen, ihre Antworten

Nachgefragt bei politischen Spitzenkandidaten der Nationalratswahl 2019

Die neue
Volkspartei



SEBASTIAN KURZ

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI



NORBERT HOFER

SPÖ



PAMELA RENDI-WAGNER

neos



BEATE MEINL-REISINGER

DIE GRÜNEN
GRUENE.AT



WERNER KOGLER

KLIMAWANDEL

Die heimischen Landbewirtschaftler sind unmittelbar und als erste von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Für die Aufrechterhaltung der vielfältigen Leistungen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft braucht es allerdings Unterstützung. Stichworte sind: Logistik, Lagermöglichkeiten, Forschung und Züchtung oder auch Pflanzenschutzmittel. Welche Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel werden Sie für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe vorsehen?

Als bereits im vergangenen Sommer lange Trockenheit und hohe Temperaturen in der heimischen Land- und Forstwirtschaft Schäden in Millionenhöhe angerichtet haben, hat die damalige Bundesregierung rasch und unbürokratisch reagiert und sowohl Direkthilfen wie auch Vorsorgemaßnahmen umgesetzt. Insgesamt wurde beschlossen, rund 60 Millionen Euro bereitzustellen – zusätzlich zu bereits gesetzten Maßnahmen. Für uns ist klar: Wir werden unseren Land- und Forstwirten auch weiterhin eng zur Seite stehen, wenn es darum geht, den negativen Auswirkungen des Klimawandels und Wetterkapriolen zu begegnen.

Die Folgen des Klimawandels bringen viele Land- und Forstwirte in existenzielle Notlagen. Um ihren Fortbestand weiterhin sicherstellen zu können, benötigt es neben langfristigen Maßnahmen (z.B. Anpassung der Versicherungssysteme, Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage, verstärktes Monitoring etc.) auch kurzfristige Maßnahmen (z.B. finanzielle Unterstützung, Veränderung der Aussaattermine etc.), um gezielt schnelle und unbürokratische Hilfe auf Abruf bereitstellen zu können. Diese Maßnahmen müssen aber auch finanziert werden und daher sprechen wir uns entschieden gegen die angekündigte Kürzung der GAP-Fördergelder aus.

Wir müssen sicherstellen, dass der Übergang zu einer nachhaltigeren und wirtschaftlich tragfähigen Land- und Forstwirtschaft beschleunigt wird, um die umwelt- und klimabedingten Herausforderungen zu meistern. Die Fördermittelverwendung im Rahmen der nächsten Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ab 2020 muss in diesem Zusammenhang auf einer klug gestalteten Grundlage erfolgen, die entscheidend die Anpassungen an die Klimaerhitzung unterstützt. Sie spielt hier eine wesentliche Rolle. Gleichzeitig muss auch die Landwirtschaft zur Senkung der CO₂-Emissionen beitragen.

Die Landwirtschaft muss unterstützt werden, sich an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen, was auch in den Fördersystemen berücksichtigt werden sollte. Durch Digitalisierung, Innovationen und nachhaltige Mobilität können auch in der Landwirtschaft die Emissionen deutlich gesenkt werden. Auch hier wirkt die von uns geforderte CO₂-Steuer: Landwirte werden entlastet und regionale Lebensmittel haben gegenüber von weit her importierten einen Preisvorteil.

Die Grünen stehen für eine Kurskorrektur in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft kann einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Leider ist sie aber momentan oftmals Teil des Problems, etwa durch den Ausstoß klimaschädlicher Gase und die Abhängigkeit von fossiler Energie. Hier braucht es eine klare Neu-Orientierung und eine gezielte Förderung kleinstrukturierter und ökologischer Landwirtschaft. Mittelfristig dürfen nur mehr ökologisch und klimaschonend wirtschaftende Betriebe gefördert werden. Kurzfristig müssen wir jedoch all jene Betriebe, die noch nicht nachhaltig wirtschaften, unterstützen, damit sie den Umstieg schaffen.

* Die Partei JETZT – Liste Pilz wurde angefragt, bis zum Redaktionsschluss erfolgte jedoch keine Beantwortung der Fragen.

Die neue Volkspartei

LANDWIRTSCHAFT & PFLANZENSCHUTZ

Die sichere Versorgung mit qualitativ hochwertigen und leistbaren Lebensmitteln ist eine wesentliche Fragestellung für unsere Gesellschaft. Voraussetzung dafür sind professionelle Betriebe. In den letzten Jahren wurde jedoch die Produktion aufgrund des Klimawandels immer schwieriger. So kam es zum Beispiel zu einem Engpass heimischer Kartoffeln und zu einem daraus resultierenden Import von Kartoffel aus Ländern, wo wir kein gesichertes Wissen über die Produktionsbedingungen haben. Wie ist Ihre Position zum Thema Pflanzenschutz?

Österreich ist innerhalb der EU Spitzenreiter, was die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel sowie den Anteil an Bio-Betrieben angeht. Wir wollen die Eigenversorgung bei Lebensmitteln steigern und heimische Familienbetriebe stärken. Die Absicherung einer modernen Lebensmittelerzeugung insbesondere im Bereich Pflanzenschutz und Tierwohl ist daher Voraussetzung für den Fortbestand unserer bäuerlichen Betriebe. Die Basis für Entscheidungen im Bereich des Pflanzenschutzes bildet ein stabiles Fundament aus Wissenschaft, Forschung und der landwirtschaftlichen Praxis. Um Wettbewerbsverzerrungen und Billigimporte minderer Qualität zu verhindern, sind EU-weit einheitliche Standards im Pflanzenschutz notwendig.

WALD- & FORSTWIRTSCHAFT

Nachhaltige Waldbewirtschaftung ist eine der tragenden Säulen im ländlichen Raum und der Rohstoff Holz eine der wesentlichsten Grundlagen für die Erreichung der Klima- und Energieziele. Der Wald hat aber zahlreiche wichtige, vorgegebene Waldfunktionen zu erfüllen. Welche Änderungen würden Sie bei einer allfälligen Novellierung des Forstgesetzes derzeit für notwendig erachten?

Die Klimaveränderung trifft ganz besonders die Land- und Forstwirtschaft stark. Wir sehen eine zeitgemäße Waldbewirtschaftung aber nicht als Problem, sondern vielmehr als wirkungsvollen Ansatz zur Lösung. Um eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und stabile Planungsmöglichkeiten für heimische Betriebe zu gewährleisten, braucht es gerade in herausfordernden Zeiten Mut zur Veränderung. Wir müssen die Wälder ans Klima anpassen. Denn auch sie tragen zu einer geringeren CO₂-Belastung und damit zum Schutz des Klimas bei.



Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel ist ein wichtiger Faktor um die Selbstversorgung mit heimischen Produkten garantieren zu können. Unter Sicherstellung, dass diese Pflanzenschutzmittel keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt sowie die Gesundheit der Menschen haben, ist die Erforschung neuer Pflanzenschutzmittel sowie widerstandsfähigeren Sorten gegenüber Schadorganismen ein wichtiger Ansatz. Um Wettbewerbsverzerrungen oder gar -verdrängung zu Lasten unserer Erzeuger zu verhindern, treten wir für strengere Rahmenbedingungen in Bezug auf Importe ein und auch Handelsabkommen dürfen keinen negativen Einfluss haben.

Aus unserer Sicht garantiert das Forstgesetz in ihrer derzeitigen Fassung eine umfassende und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Sollte es zu einer allfälligen Novellierung kommen, ist es aber unumgänglich alle Akteure, die sich mit der Betreuung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Waldflächen beschäftigen, miteinzubeziehen, damit der Wald weiterhin als Lebensraum für zahlreiche Tierarten, als Wirtschaftsfaktor, zur Sicherung vor Lawinen oder Muren, zur Reinhaltung von Gewässern aber auch als Erholungsraum für den Menschen erhalten bleibt. Einen Eingriff in das Eigentumsrecht lehnen wir ab.



Da die Klimaerhitzung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft auch mit einer Veränderung einhergeht, welche Pflanzen in welchen österreichischen Regionen durchsetzungsfähig bleiben bzw. werden, braucht es deutliche Investitionen im Bereich der Forschung, um schon jetzt die auch auf Österreich in diesem Bereich zukommenden Änderungen abschätzen und unterstützen zu können. Hier müssen auch aus den Töpfen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU entsprechende Widmungen der Gelder erfolgen können. Österreich muss sich einbringen, damit die Umstellung der Land- und Forstwirtschaft gelingen kann. In diesem Zusammenhang muss auch betont werden, dass es eine deutliche Reduzierung der Ausbringung von chemisch-synthetischen Pestiziden braucht, damit der Boden auch für zukünftige Generationen bewirtschaftbar und die Nahrungsmittelproduktion sowie die Versorgung mit sauberem Trinkwasser für die Bevölkerung gesichert bleibt. Forschung in Alternativen auch im Bereich der Pestizide ist ebenfalls im Rahmen der Fördermittelverwendung der GAP eine ganz wesentliche Forderung.

Wälder und andere Holzflächen machen über 40 Prozent der Landfläche der EU aus. Wir wissen um die Wichtigkeit von intakten Wäldern. Außerdem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Regulierung des Klimas der Erde. Da der Klimawandel nicht regional oder auf nationalstaatlicher Ebene alleine bekämpft werden kann, ist eine europäische Forststrategie wichtig, die auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruht und ihren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leistet aber auch den Erhalt der biologischen Vielfalt im Auge hat. Eine für die SPÖ wesentliche Waldfunktion ist die Erholungswirkung.



Durch Investitionen in Forschung und Innovation sowie eine Förderung des integrierten Pflanzenschutzes wollen wir den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln stark reduzieren und gemeinsam mit Landwirten und Wissenschaft den Arzentschutz verbessern. Allerdings ist uns klar, dass in manchen Fällen der Einsatz von chemischem Pflanzenschutz notwendig ist. Dieser ist möglichst umweltverträglich zu gestalten. Durch eine CO₂-Steuer mit EU Grenzausgleich wird der Transport von Lebensmitteln über lange Strecken teurer und dadurch Lebensmittel aus heimischer Landwirtschaft unterstützt.

An und für sich ist das österreichische Forstrecht vergleichsweise gut. Es könnten eventuell Präzisierungen geprüft werden, um sowohl rechtliche Sicherheiten für Eigentümer zu stärken, sowie auch die Sicherung des Waldes als Erholungsraum zu gewährleisten.



Ziel der Grünen Agrarpolitik sind gute Lebensmittel, die klimaschonend und nachhaltig erzeugt werden und ein angemessenes Einkommen für die Bauern. Angesichts des massiven Artensterbens fordern wir eine Pestizidreduktionsstrategie, die zur Ökologisierung der Landwirtschaft führt. Landwirte werden im Ausstieg aus Glyphosat und einer pestizid-intensiven Arbeitsweise durch Forschung an Alternativen und Beratung unterstützt. Wir wollen, dass die Konsumenten klar erkennen können, woher ein Produkt kommt und wie es produziert wurde und unsere Landwirtschaft nicht mit Importprodukten aus fragwürdigen Produktionsbedingungen konkurrieren muss.

Der Wald ist mehr als Lebens- und Erholungsraum für Menschen und Tiere. Holz als nachwachsender Rohstoff ist die Basis der österreichischen Forstwirtschaft. Ökologie und Ökonomie sind gerade im Wald natürlich verbunden! Der Schutz und Nutzen des Waldes sind als politische Ziele für die Grünen gleichrangig. Die Bewirtschaftung des Waldes muss multifunktional sein und von einem ganzheitlichen, ökosystemaren Ansatz ausgehen. Es muss überprüft werden, ob das Forstgesetz den Herausforderungen durch den Klimawandel ausreichend Rechnung trägt. In Bezug auf die nachhaltige Nutzung des Waldes wäre eine Ausrichtung auf biologischen Pflanzenschutz zu verankern.

Die neue Volkspartei

EIGENTUM

Ein Blick in die Entwicklung vieler Staaten zeigt, dass die Möglichkeit zur Schaffung und Erhaltung persönlichen Eigentums die Grundvoraussetzung für eine verantwortungsbewusste und leistungsorientierte Gesellschaft ist. Wo werden Sie ansetzen, um das Eigentumsrecht in Österreich zu stärken und noch besser zu schützen?

Eigentum ist eine der Voraussetzungen für eine freie Gesellschaft und die Unabhängigkeit vom Staat, zudem auch für die Altersvorsorge. Der Schutz des Eigentums ist uns daher ein zentrales Anliegen. Allerdings ist die Eigentumsquote in Österreich vergleichsweise sehr niedrig, das betrifft vor allem auch den Wohnsektor. In der vergangenen Regierungsperiode haben wir daher mit der Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes einen ersten Schritt in die richtige Richtung setzen können, um Eigentum leistbarer zu machen. Insgesamt wollen wir über gezielte Entlastungen bei Steuern und Abgaben mehr Menschen ermöglichen, sich durch eigene Arbeit im Leben etwas aufzubauen. Den ersten Erfolgen, die wir hier in den letzten eineinhalb Jahren erreichen konnten, müssen weitere spürbare Steuersenkungen folgen.

KULTURDENKMÄLER

Viele Grundbesitzer kümmern sich auch um historische Gebäude und Kulturdenkmäler, die sowohl die Städte als auch den ländlichen Raum prägen. Welche Ansätze werden Sie wählen, um die damit verbundenen finanziellen Belastungen zu reduzieren und damit die heimische Kulturlandschaft zu erhalten?

Die Erhaltung von Kulturmonumenten ist ein unverzichtbares Gut für Regionen und ihre Zukunft. Es darf keine kulturelle Benachteiligung ländlicher Räume geben, denn diese hat gravierende Konsequenzen fürs Land. Durch die Neuaufstellung des Bundesdenkmalamtes, welche vor allem durch Bürgernähe geprägt ist, wird es künftig auch für private Grundbesitzer schnelle und nachvollziehbare Verfahren, eine klare Serviceorientierung und österreichweit einheitliche Standards geben. Die Wahrung der Kulturlandschaft Österreich ist uns ein Anliegen. Dabei müssen besonders jene Personen, die sich um die Erhaltung von historischen Gebäuden und Kulturdenkmälern kümmern, besondere Unterstützung erhalten.



Das Waldeigentum und die Bewirtschaftungsrechte sind aus unserer Sicht nicht in Frage zu stellen. Eine Ausweitung des Wege-rechts und einer allgemeinen Öffnung der Forststraßen stehen wir kritisch entgegen, da es sich hierbei um einen Eingriff in das Eigentumsrecht des Liegenschaftseigentümers handelt und ein Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zwischen Waldeigentümern bzw. -bewirtschaftern und den Erholungssuchenden auf regionaler Ebene zielführender und nachhaltiger ist. Einen gesetzlichen Eingriff, der diese Eigentumsrechte einschränkt, ist für uns undenkbar.

Die Grundbesitzer tragen mit der Pflege von historischen Gebäuden und Kulturdenkmälern einen massiven Beitrag zum Erhalt unserer einzigartigen österreichischen Kulturlandschaft bei. Dies gilt es bestmöglich zu unterstützen. Hier ist es notwendig, weiterhin mit gezielten Maßnahmen die Belastung der Grundbesitzer zu reduzieren, sei es in finanzieller oder operativer Hinsicht. Hier ist es wichtig, alle Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene gezielt anzuwenden, um die österreichische Kulturlandschaft weiterhin aufrechterhalten zu können.



Mehr als die Hälfte (60 Prozent) an Wäldern und anderen Holzflächen befinden sich in Privateigentum. Während global gesehen, Waldflächen schwinden, dehnt sich der Wald in Europa durch Aufforstung und die natürliche Vegetationsfolge mit 0,4 Prozent noch etwas aus. Auch hier steht für uns das Prinzip der Nachhaltigkeit als Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt und Umwelt- und Klimaschutz im Vordergrund. In der europäischen Strategie muss die wirtschaftliche Rolle als Arbeitsplatzgarant aber auch die ökologische Rolle von Wäldern zum Schutz der Ökosysteme und der Schaffung eines ökologischen Nutzens für alle berücksichtigt werden.

Unser zentrales Anliegen beim Schutz von Kulturdenkmälern ist die Reform des Bundesdenkmalamtes. Dieses soll bestmöglich mit privaten Eigentümern kooperieren, seinen Servicecharakter verbessern, die Komplexität seiner Bescheide reduzieren und allgemein die Ermöglichung des Weiterbestehens von Denkmälern mit historischer oder künstlerischer Bedeutung in den Vordergrund stellen. Um die finanziellen Belastungen zu reduzieren, setzen wir uns darüber hinaus für eine Verbesserung der steuerlichen Absetzmöglichkeiten von Investitionen in den Denkmalschutz ein. Auch im Bereich der Bauordnungen, Bautechnikverordnungen und Baunormen braucht es Vereinfachungen und eine Anpassung der Regelungen an historische Bauten.



Niemand soll sich in ein gemachtes Nest setzen, aber jeder soll die Äste in die Hand gedrückt bekommen, damit er sich sein Nest bauen kann. Es gibt die, die Vermögen verwalten wollen und die, die Vermögen umverteilen wollen. Wir wollen, dass jeder sich sein Vermögen schaffen kann. Um das zu ermöglichen, braucht es eine enorme Entlastung des Faktors Arbeit. Diese beinhaltet sowohl die drastische Senkung der Lohnnebenkosten, als auch der Einkommenssteuer. Zudem müssen alle Steuerklassen laufend an die Inflation angepasst werden, um der kalten Progression entgegenzuwirken.

Es braucht übersichtliche und transparente Fördermöglichkeiten für Restaurierungsarbeiten an historischen Gebäuden und Kulturdenkmälern, wenn diese den Förderrichtlinien entsprechen. Vor allem das Bundesdenkmalamt muss als kompetente Service-Organisation weiterhin alle Privatpersonen in ihren persönlichen Anliegen unterstützen und mithelfen, dass die heimische Kulturlandschaft bestmöglich erhalten bleibt.



Die Eigentumsgarantie ist eine Wertentscheidung von besonderer Bedeutung für den sozialen Rechtsstaat, allerdings ist die Haltung, dass Eigentum verpflichtet, dem nicht nachzuordnen. Die Herausforderung ist, diese beiden Zugänge in der Balance zu halten. Unternehmerische Freiheit muss immer einhergehen mit der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft. Die Land- und Forstwirtschaft muss eng mit den Bürgern zusammenarbeiten und sich darum bemühen, Nutzungskonflikte durch Dialog, Bereitschaft zur Kooperation und Partizipation zu lösen. Wir werden daran arbeiten, gegenseitiges Verständnis zu stärken, anstatt Feindbilder zu produzieren.

Die Kernaufgabe des Denkmalschutzes ist es, Kulturgüter wie z.B. Gebäude, Kunstsammlungen oder Möbel im öffentlichen Interesse zu erhalten. Die Verpflichtung zum Denkmalschutz kann eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Eigentümer bedeuten. Um diese Belastungen zu reduzieren, ist die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Sanierungs- und Erhaltungsarbeiten ein möglicher Ansatz. Weiters muss das Budget im bereits bestehenden Denkmalfonds signifikant erhöht werden. Zahlungen aus dem Fonds sollten jedoch an die temporäre öffentliche Zugänglichkeit gebunden sein, wie z.B. monatliche Termine in Verbindung mit Kunst- oder Kulturveranstaltungen.

Die neue Volkspartei

STANDORT LÄNDLICHER RAUM

Als Landbewirtschafter sind wir mit unserer Produktionsgrundlage an den Standort gebunden und tragen große Verantwortung für den ländlichen Raum. Welche Maßnahme würden Sie als Regierungspartei ergreifen, um den Wirtschaftsstandort Österreich – und hier vor allem den ländlichen Raum – zu stärken?

Wer im ländlichen Raum lebt, muss gleichwertige Chancen vorfinden wie in der Stadt. Das betrifft die Gesundheitsversorgung genauso wie die Infrastruktur und Arbeitsplätze. Wir wollen daher in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden Anreize schaffen, um den ländlichen Raum als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Lebensraum zu erhalten. Dazu braucht es einen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur beim Nahverkehr, genauso wie einen flächendeckenden Ausbau an Elektrotankstellen. Flächendeckende qualitative Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum muss ebenso gewährleistet sein wie eine leistungsfähige Infrastruktur beim Breitbandinternet und ein ansprechendes Angebot an Kinderbetreuung. Darüber hinaus wollen wir Innovationen fördern, besonders in Bezug auf erneuerbare Energien.

BÜROKRATIE

Seit vielen Jahren schon braucht es eine deutliche Entlastung für die heimischen Betriebe von ausufernder Bürokratie und detailverliebter Überregulierung. Welche Erleichterungen werden Sie in diesem Zusammenhang für die heimischen Land- und Forstwirte angehen?

Wir werden den Weg der Entbürokratisierung fortsetzen. Es braucht dringend eine Bürokratie-Bremse. Wir wollen eine verpflichtende Reduzierung des Verwaltungsaufwands für Bürger und Unternehmer von 10 Prozent jährlich. Land- und Forstwirte sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren und nicht von überbordender Bürokratie eingeschränkt werden. Auch auf europäischer Ebene müssen wir uns weiterhin für den Abbau des oft nicht verhältnismäßigen Verwaltungsaufwands für EU-Fördermittel einsetzen. Wir benötigen kein Bürokratiemonster, sondern ein unternehmerisch und verwaltungsökonomisch sinnvolles System.



Die KMUs im Bereich der Land- und Forstwirtschaft bilden die Grundlage der regionalen Wirtschaftsstrukturen im ländlichen Raum und diese gilt es zu schützen. Wir sprechen uns klar und deutlich gegen eine Kürzung der Fördergelder für den ländlichen Raum sowie für eine stärkere Umverteilung der bestehenden Fördermittel aus, damit kostendeckend produziert und rentabel gewirtschaftet werden kann. Weiters sind Erleichterungen bei Hof- bzw. Betriebsübernahmen sowie Senkungen der Abgaben ebenso umzusetzen wie Senkungen im Bereich der Abgaben, um die Weiterführung der Betriebe und somit den Schutz unserer Kulturlandschaft garantieren zu können.

Für uns ist es wichtig, dass sich die heimischen Land- und Forstwirte wieder voll und ganz auf ihren Betrieb und ihre Produktion konzentrieren können, anstatt stundenlang am Schreibtisch vor Papierstößen zu sitzen. Der Verwaltungsaufwand für EU-Fördergelder zum Beispiel ist oft nicht mehr verhältnismäßig und so ist es umso wichtiger, sich hier wieder mehr Rechte von der EU ins Land zurückzuholen. Eine positive Folge einer solchen Renationalisierung wäre nicht nur der Bürokratieabbau, sondern das Einsparen von unnötigen Verwaltungskosten, die besser in weiteren Fördermaßnahmen investiert werden könnten.



Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Versorgung in strukturstarken und -schwachen Regionen gleichermaßen garantiert wird. Dazu gehört die flächendeckende qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Wir wollen neue Modelle der wohnortnahen Erstversorgung fördern, in denen die Gesundheits- und Sozialberufe in Teams enger zusammenarbeiten – in lokalen Netzwerken oder Zentren mit einem umfassenden Angebot und längeren garantierten Öffnungszeiten. Zentraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur sind auch qualitätsvolle Bildungseinrichtungen sowie Pflege- und Seniorenheime in zumutbarer Nähe, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Breitband-Netzes. Das 1-2-3-Klimaticket soll es ermöglichen, für nur 1 Euro in einem Bundesland, für 2 Euro in zwei Bundesländern und für 3 Euro durch ganz Österreich zu fahren.

Die Frage des Bürokratieabbaus ist differenziert zu betrachten. Dort, wo Bürokratie dem Schutz der Bürger dient, wie etwa im Bereich der Lebensmittelsicherheit, ist Bürokratie wichtig und sinnvoll. Im Bereich der Fördermittelvergabe, hier im Bereich der Agrarfördermittel, sollen die Gelder nicht in den Verwaltungsstrukturen landen, sondern bei den zu Fördernden ankommen. Auch dies ist eine wichtige Umschichtung, die kleinen und mittleren Familienbetrieben, Biobetrieben, Bergbauernbetrieben mit hoher und höchster Erschwernis zugute kommen soll und gegen das Höfesterben Wirkung entfalten soll.



Österreich hat als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren konsequent an Attraktivität verloren. Die Steuer- und Abgabenquote ist im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hoch und die Bürokratie überwuchert das Unternehmertum. Zwangsmitgliedschaften hemmen die unternehmerische Entfaltung. Österreich hat ein undurchschaubares Steuersystem mit einer unübersehbaren Vielzahl von Ausnahmeregelungen. Setzt man in diesen Bereichen an, profitiert der Wirtschaftsstandort Österreich insgesamt, im Speziellen aber auch der ländliche Raum.

Österreich ist überreguliert und überbürokratisiert. Daher fordern wir einen ständigen Ausschuss für Deregulierung im Nationalrat, der die Entwicklung des Bürokratieaufwands überwacht. Zudem braucht es eine Expertengruppe, die alle Gesetze auf Bürokratiekosten hin überprüft. Außerdem sind NEOS für eine moderne Gewerbeordnung, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein One-Stop-Shop-Konzept für alle Gewerbetheben und eine Verschlinkung und Harmonisierung aller damit in Zusammenhang stehender Gesetze. Eine Beschränkung des Gewerbezwangs soll nur in den Bereichen Gesundheit, Leben, Bankwesen und Sicherheit geben.



Für eine Stärkung des ländlichen Raums muss die Abwanderung der Frauen und Jungen gestoppt werden. Um hier gegenzusteuern, ist es wichtig, die Lebenssituation besonders für Frauen zu verbessern. Dazu bedarf es in erster Linie Jobs für Frauen und qualitativ hochwertige Angebote der Kinderbetreuung, der Ausbildung und Qualifikation, des öffentlichen Verkehrs und ein entsprechendes kulturelles Angebot. Selbstverständlich funktioniert das alles nicht ohne Infrastruktur wie Schulen, öffentlicher Verkehr, Ärzte, Kultureinrichtungen und weiterer Infrastruktur wie Breitband oder Förderungen für regionale Wirtschafts- und Wissenschaftsprojekten.

Bürokratie und realitätsfremde Auflagen machen Bauern zu schaffen. Allzu oft ist es die Umsetzung von EU-Politiken durch die Mitgliedsstaaten, die bürokratische Hürden schafft. So sind die berühmt-berüchtigten Landschaftselemente im ÖPUL eine Erfindung der österreichischen Verwaltung. Wir Grüne treten für eine Verringerung der bürokratischen Last für Bauern ein. Insbesondere fordern wir Ausnahmeregelungen für bäuerliche Betriebe (Klein- und Kleinstbetriebe) bis zu einer gewissen Umsatzgrenze, Vereinfachung der Aufzeichnungsanforderungen und Eigenkontrollanforderungen in der bäuerlichen Direktvermarktung und Weiterverarbeitung.

Die neue Volkspartei

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

SPÖ

neos

DIE GRÜNEN
GRUENE.AT

STEUERREFORM

Die bereits ausgearbeitete Steuerreform war eines der wichtigsten Themen der vergangenen Regierung. Wie stehen Sie zum Thema Staatsverschuldung und wo sehen Sie die wichtigsten Ansätze im Steuerbereich für die nächste Legislaturperiode?

Die Volkspartei bekennt sich ganz klar zu einem schlanken Staat und zum Abbau der Staatsschulden. 2018 konnten wir erstmals seit 1974 einen gesamtstaatlichen Überschuss erzielen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, aber nicht auf Kosten der Steuerzahler in unserem Land. Im Gegenteil – wir wollen die Menschen weiter entlasten und keine neuen Steuern einführen. Mit dem Familienbonus und der Entlastung geringer Einkommen haben wir hier in den letzten eineinhalb Jahren bereits einiges umgesetzt – wir wollen den Weg der Entlastung in jedem Fall weitergehen. Noch vor der Wahl wollen wir beispielsweise eine Entlastung u.a. für Landwirte über die Senkung (6,8 Prozent) der Krankenversicherungsbeiträge ab 2020 erreichen.

Die derzeit ausgearbeitete Steuerreform ist die erste, die keine neuen Steuern und gleichzeitig auch keine neuen Schulden verursacht. Das Steuerrecht wird mit dieser Reform fairer und gerechter gemacht. Für die nächste Legislaturperiode ist uns eine Überarbeitung der Einheitswertrechnung wichtig. Der Einheitswert und die daraus resultierenden Abgaben sowie Sozialversicherungsbeiträge müssen evaluiert und überarbeitet werden und sich so am bäuerlichen Einkommen orientieren. Auch das Thema gerechte Pensionen ist ein wichtiger Punkt. Diese müssen ebenfalls überarbeitet werden.

Schwerpunkt der Steuerpolitik wird die Ökologisierung des Steuersystems, z.B. europaweite CO₂-Steuer, sein, bei den Kosten steht die soziale Ausgewogenheit im Vordergrund. Wichtig ist auch eine Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen sowie eine Stärkung der KMU und Kleinstunternehmen. Internationale Konzerne sollen einen gerechten Beitrag zum Steueraufkommen leisten, mit einem modernen Steuersystem werden die Abgaben auf Arbeitseinkommen gesenkt und andererseits die Wertschöpfung und Gewinne besteuert.

Die geplante Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung, geht aber für uns nicht weit genug. Das größte Problem für die österreichische Wirtschaft sind die immer weiter steigenden Lohnnebenkosten und hier muss gehandelt werden. NEOS fordern deshalb die Reduktion der Einkommenssteuer und Senkung der Lohnnebenkosten gerade im Mittelstand. Das Steuersystem muss darüber hinaus einfacher werden, die aktuell mehr als 700 Ausnahmen müssen massiv vereinheitlicht werden. Umweltschädliches Verhalten muss dagegen stärker besteuert werden – ohne Ökologisierung geht es nicht. Zusätzlich muss die kalte Progression – die schleichende Steuererhöhung durch Inflation – abgestellt werden und den Ländern und Gemeinden Steuerautonomie gegeben werden.

Wir Grüne fordern eine ökologisch-soziale Steuerreform, bei der umweltschädliche Produktions- und Verhaltensweisen höher besteuert und Klimaschutz-kompatible, umweltfreundliche Produktionsweisen und Konsum billiger werden. Zudem fordern wir eine Senkung der Lohnnebenkosten und einen Ökobonus für alle Bürger. Die ökologische Umsteuerung soll aufkommensneutral organisiert werden, so dass es insgesamt zu keiner Steuererhöhung kommt. Angesichts der großen Herausforderungen Klimaschutz und Artensterben ist der Staat gefordert, Investitionen zu tätigen, damit der Übergang in eine CO₂-neutrale, nachhaltige Wirtschaftsweise möglich wird.

wählen gehen

**NATUR NÜTZEN.
NATUR SCHÜTZEN.**

